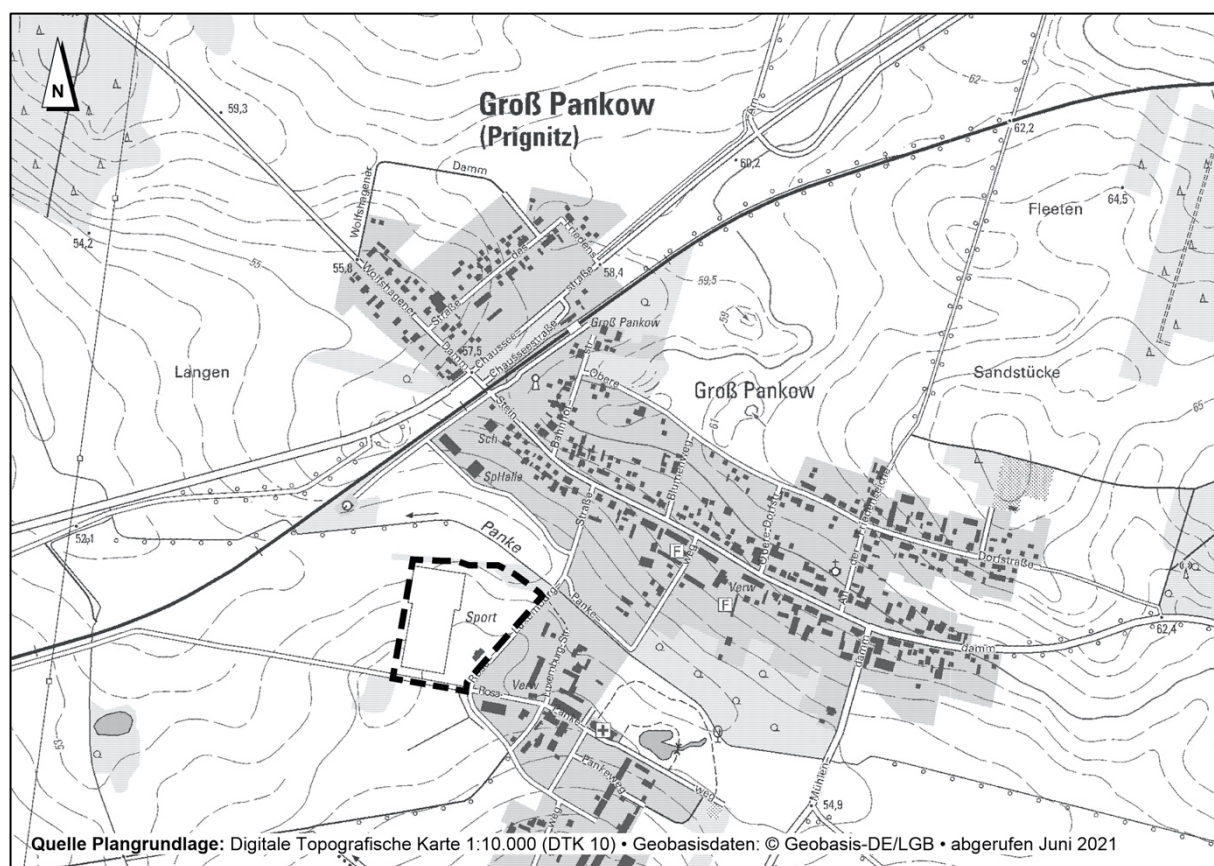


Landkreis Prignitz

Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“

Umweltbericht

Satzungsfassung



Stand November 2025

Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)
Der Bürgermeister
Steindamm 21 • 16928 Groß Pankow (Prignitz)

Bearbeitung in Abstimmung mit der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) durch:

Plankontor Stadt und Land GmbH

Am Born 6b • 22765 Hamburg

Tel./E-Mail: 040-298 120 99 0 • info@plankontor-hh.de

Web: www.plankontor-stadt-und-land.de

Dipl.-Ing. Jörg W. Lewin / M. Sc. Niclas Braun

Inhaltsverzeichnis

1.0	Einleitung.....	1
1.1	Methodik der Umweltprüfung.....	1
1.2	Lage und Abgrenzung des Plangebietes	2
1.3	Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte des Bebauungsplanes.....	2
2.0	Festgesetzte Ziele des Umweltschutzes in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen sowie ihre Berücksichtigung	3
2.1	Fachgesetze.....	3
2.2	Fachpläne.....	6
2.2.1	Landschaftsplan (2000).....	7
2.2.2	Flächennutzungsplan.....	8
2.3	Schutzgebiete.....	8
2.3.1	Nationale Schutzgebiete.....	8
2.3.2	Internationale Schutzgebiete	8
2.3.3	Gesetzlich geschützte Biotop e	9
3.0	Beschreibung des Umweltzustandes sowie Beschreibung und Bewertung der zu erwartenden Umweltauswirkungen.....	9
3.1	Schutzgut Mensch.....	9
3.2	Schutzgut Pflanzen und Biotop e.....	11
3.3	Schutzgut Tiere	12
3.4	Schutzgut Boden	14
3.5	Schutzgut Wasser.....	15
3.6	Schutzgut Klima/Luft.....	16
3.7	Schutzgut Landschaftsbild.....	16
3.8	Schutzgut Kultur- und Sachgüter	17
3.9	Wechselwirkungen der Schutzgüter	17
3.10	Zusammenfassung der Umweltauswirkungen	19
4.0	Prognose bei Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“) und alternative Planungsmöglichkeiten.....	20
5.0	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung der Umweltauswirkungen sowie Ausgleichs- und Ersatz- bzw. artenschutzfachlich erforderliche Maßnahmen	20
5.1	Vermeidungsmaßnahmen	21
5.2	Minderungsmaßnahmen	22
5.3	Ausgleichsmaßnahmen.....	24
6.0	Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung.....	26
7.0	Umweltüberwachungsmaßnahmen	27
8.0	Zusammenfassung des Umweltberichtes	27

Anlage 1: Artenschutzgutachten für Reptilien und Amphibien, Stand Januar 2023, erstellt seitens des Büros für Freilandkartierung und Landschaftsplanung von Herrn Dipl.-Ing. (FH) Daniel Meisel (Bechliner Weg 8, 16816 Neuruppin)

1.0 Einleitung

Im Rahmen des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) im Landkreis Prignitz sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Daher wird gem. § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt, um die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln. Diese werden in Form dieses Umweltberichtes gem. § 2a Nr. 2 BauGB als gesonderter Teil der Begründung zum Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) dargestellt.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um einen Bebauungsplan, der im bisherigen planungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB aufgestellt wird. Gem. § 2 Abs. 4 BauGB muss eine Umweltprüfung inklusive Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung durchgeführt werden. Die Umweltprüfung befasst sich ausschließlich mit den zu erwartenden Umweltauswirkungen, die vom Vorhaben innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes entstehen können. Auf der Grundlage des Umweltberichtes erfolgen im Teil B des Bebauungsplanes die erforderlichen Grünordnerischen Festsetzungen. Das Ergebnis der Umweltprüfung findet in der Abwägung Berücksichtigung.

1.1 Methodik der Umweltprüfung

Die Umweltprüfung erfolgt gemäß den rechtlichen Anforderungen, detailliert dargestellt in Kapitel 2.1. Dabei werden neben der Anlage 1 zum BauGB und dem Verfahrenserlass (gültig seit dem 01. Januar 2014) für die Aufstellung von Bauleitplänen und Satzungen des allgemeinen Städtebaurechts nach dem BauGB die „Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung“ (HVE) des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL; heute MLUK) in der Fassung vom April 2009 berücksichtigt.

Der Vollzug der Eingriffsregelung erfolgt in der gesetzlich vorgegebenen, systematischen Abfolge. Nachdem der Eingriff sowie der Umfang des Eingriffs und dessen erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt festgestellt sind, werden mögliche Vermeidungen und Minderungen geprüft. Darauf folgend werden die Gegebenheiten zur Kompensation der verbleibenden Eingriffe ermittelt. Verbleiben weiterhin erhebliche Beeinträchtigungen, werden die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege mit anderen Belangen abgewogen.

Eine erhebliche Beeinträchtigung des Naturschutzes oder der Landschaftspflege liegt vor, wenn:

„...sie erkennbar nachhaltige Auswirkungen auf die einzelnen Faktoren des Naturhaushaltes hat und folglich deren Funktionsfähigkeit wesentlich stört...“
(Louis et. al.),

das kurz- bis mittelfristige Regenerationsvermögen der Natur überfordert ist und sich als Folge andersartige Funktionen und Werte des Naturhaushaltes bzw. ein verändertes Landschaftsbild entwickeln (Köppel et. al., 1998), und

wenn die Beeinträchtigung länger als 5 Jahre wirksam ist (LANA, 1996).

Maßstab für die Eingriffsbewertung sind die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Bewertung erfolgt schutzgutbezogen und anhand eines zweistufigen Wertstufenmodells (erheblich; nicht erheblich). Die Beeinträchtigungen werden nach bau-, anlage- und betrieblichen Beeinträchtigungen unterschieden.

1.2 Lage und Abgrenzung des Plangebietes

Der ca. 3,9 ha große Geltungsbereich des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ befindet sich in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) im Ortsteil Groß Pankow, ca. 300 m südlich / südwestlich des im Zusammenhang bebauten Ortsteils von Groß Pankow. Östlich des Geltungsbereiches verläuft die Rosa-Luxemburg-Straße, welche im Norden an den Steindamm und an den Ortskern anschließt. Im Süden des Plangebietes verläuft auf der West-Ost-Achse ein Feldweg, welcher den Zugang zu der im Westen des Plangebietes ackerbaulich genutzten Fläche gewährt. Zur Zeit existieren Zufahrten zum Plangebiet über beide Straßen. Im Norden des Plangebietes, ca. 40 m entfernt, befindet sich die Panke, welche ca. 4,2 km nordwestlich in die Stepenitz mündet.

Das Plangebiet wird bereits als Fläche für Sport und Freizeit genutzt. Im Norden und Süden des Plangebietes an der westlichen Grenze befinden sich jeweils ein Feld für Ballsportarten. Im Nordosten befindet sich eine aufgelassene Fläche. Im Südosten befindet sich das Vereinshaus, südlich davon ein Spielplatz für Kinder und im östlichen Bereich die Skateranlage und Parkplätze.

An der nördlichen Grenze des Plangebietes befindet sich ein dichter Bestand von Einzelbäumen. Am östlichen Rand des Plangebietes verläuft, auf dem Plangebiet parallel zur Rosa-Luxemburg-Straße, ein Weg, welcher zu beiden Seiten von Alleebäumen gesäumt ist. Die Allee endet im Süden des Plangebietes am bereits bestehenden Vereinshaus, welches sich ebenfalls auf dem Plangebiet befindet. Eine Reihe von Einzelbäumen setzt sich am östlichen Rand des Plangebietes auf Höhe des Vereinshauses bis zum südlichen Rand des Geltungsbereichs fort. Das südliche Fußballfeld grenzt an die südliche und westliche Grenze des Plangebietes an und wird an diesen Grenzlinien von Reihen aus Einzelbäumen flankiert.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke 85/1, 86/2, 87/4, 83 teilweise und 79/3 teilweise der Flur 1 Gemarkung Groß Pankow.

1.3 Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte des Bebauungsplanes

Momentan wird die Fläche des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ als Sport- und Freizeitanlage mit vorhandenem Sportplatz, Vereinshaus und Freizeiteinrichtungen genutzt. Diese Nutzungen sollen nun erweitert und gesichert werden. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes eröffnet sich die Möglichkeit, einen Neubau des Sportlerheims zu realisieren, danach das alte Vereinsheim zu einem Dorfgemeinschaftshaus umzubauen und die Fläche in Zukunft um weitere bauliche Maßnahmen, wie z. B. eine Tribüne, zu ergänzen.

Da der räumliche Teil des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) das Gebiet des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ als Sonderbaufläche für Sport und Freizeit darstellt, erfüllt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 das Entwicklungsgebot nach § 8 Abs. 2 BauGB. Planungsrechtlich gesehen, wird das Plangebiet dem Außenbereich nach § 35 BauGB zugeordnet, wonach Baugenehmigungen für die geplanten baulichen Anlagen und Erneuerungen zur Zeit nicht möglich sind. Dadurch ergibt sich für die Realisierung der Planung eines Vereinshaus-Neubaus und der darüber hinaus geplanten baulichen Anlagen die Notwendigkeit, einen Bebauungsplan aufzustellen. Planungsziel ist die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes gem. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Sport und Freizeit“. Innerhalb des Plangebietes werden differenzierte Bereiche festgesetzt für bestimmte Sportanlagen einerseits und spezielle Freizeitangebote andererseits. Durch Baugrenzen werden die überbaubaren Flächen für unterschiedliche bauliche Anlagen festgesetzt, wie das neue Sportler- und Vereinsheim, Standorte für einen möglichen Tribünenbau und andere für die geplante Nutzung erforderlichen baulichen Anlagen.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans erfolgen folgende Flächenfestsetzungen:

1. Sondergebiet	35.850 qm
2. Grünfläche	2.710 qm
3. Öffentliche Verkehrsflächen	726 qm

Plangebiet Gesamtfläche	39.286 qm
gerundet	<u>3,9 ha</u>

2.0 Festgesetzte Ziele des Umweltschutzes in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen sowie ihre Berücksichtigung

2.1 Fachgesetze

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 2025 (BGBl. I Nr. 3634) geändert worden ist.

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB folgende Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen, insbesondere:

- a) *die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt,*
- b) *die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes,*
- c) *umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,*
- d) *umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter,*
- e) *die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern,*
- f) *die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie,*
- g) *die Darstellung von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts,*
- h) *die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden,*
- i) *die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a, c und d.*

Daher ist gem. § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, um die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln. Diese sind in Form eines Umweltberichtes gem. § 2 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 2a Nr. 2 BauGB als Teil der Begründung zum Bauleitplan zu beschreiben und zu bewerten. Die Anlage 1 des BauGB (Inhaltsangabe zum Umweltbericht) ist anzuwenden.

Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung.

Die Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplanes angemessener Weise verlangt werden kann. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Liegen Landschaftspläne oder sonstige Pläne nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g BauGB vor, sind deren Bestandsaufnahmen und Bewertungen in der Umweltprüfung heranzuziehen.

Nach § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange u.a. zur Äußerung auch im Hinblick auf den Umfang und den Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (UP) nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern. Im Sinne des § 4 Abs. 2 BauGB haben sie auch Aufschluss über von ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Bauleitplan-Geltungsbereiches bedeutsam sein können. Verfügen die Behörden oder sonstigen Träger öffentlicher Belange über Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, haben sie diese Informationen der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) zur Verfügung zu stellen.

Sollten keine Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, hat die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) daher im Sinne des § 4 a Abs. 6 BauGB davon auszugehen, dass entsprechende Belange nicht betroffen sind, keine entsprechenden Informationen und Unterlagen zur Verfügung stehen, deren Inhalt die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) daher nicht kennt und hätte kennen müssen und für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplanes nicht von Bedeutung sind und dementsprechend bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Nach § 2 Abs. 4 BauGB legt die Gemeinde für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist.

Als ergänzende Vorschrift zum Umweltschutz dient § 1 a BauGB wie folgt:

Abs. 1: Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die nachfolgenden Vorschriften zum Umweltschutz anzuwenden.

Abs. 2: Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollten nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Die Grundsätze nach den Sätzen 1 und 2 sind nach § 1 Abs. 7 in der Abwägung zu berücksichtigen.

Abs. 3: Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) sind in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 zu berücksichtigen. Der Ausgleich erfolgt durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach den §§ 5 und 9 als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich. Soweit dies mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung und den Zielen der Raumordnung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist, können die Darstellungen und Festsetzungen auch an anderer Stelle als am Ort des Eingriffs erfolgen. Anstelle von Darstellungen und Festsetzungen können auch vertragliche Vereinbarungen nach § 11 oder sonstige geeignete Maßnahmen zum Ausgleich auf von der Gemeinde bereitgestellten Flächen getroffen werden. Ein Ausgleich ist nicht erforderlich, soweit die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind und zulässig waren.

Abs. 4: So weit ein Gebiet im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Kommission anzuwenden.

Abs. 5: Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Der Grundsatz nach Satz 1 ist in der Abwägung nach § 1 Absatz 7 zu berücksichtigen.

In § 200 a BauGB wird klargestellt, dass mit „Festsetzungen und Darstellungen zum Ausgleich“ in § 1 a BauGB auch Ersatzmaßnahmen gemeint sind. Dies erfolgte in Anlehnung an die Eingriffsregelung nach BNatSchG.

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. I S. 323) geändert worden ist, anzuwenden.

Die Grundsätze und Ziele von Naturschutz und Landschaftspflege werden im § 1 BNatSchG festgelegt. Darin werden die Belange der Schutzgüter (Mensch, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaftsbild) benannt. Diese Belange hat das Baugesetzbuch unter § 1 Abs. 7 aufgenommen (s.o.).

Aus den nach EU-, Bundes- oder Landesrecht geltenden artenschutzrechtlichen Regelungen können sich Hindernisse für die Zulassung eines Vorhabens ergeben. Zur Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange sind daher umfangreiche Prüfschritte erforderlich, die jedoch in der Bearbeitungstiefe an die jeweilige Planungsebene angepasst werden müssen. Die europarechtlichen Artenschutzregelungen sind durch den § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes in nationales Recht umgesetzt worden.

Verbotsbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG

Die artenschutzrechtlichen Verbotsbestände sind im § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verankert. Demnach ist es verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Diese Verbote werden unter anderem für Eingriffsvorhaben um den Absatz 5 ergänzt, mit dem bestehende und von der Europäischen Kommission anerkannte Spielräume bei der Auslegung der artenschutzrechtlichen Vorschriften der FFH-Richtlinie genutzt und rechtlich abgesichert werden, um akzeptable und im Vollzug praktikable Ergebnisse bei der Anwendung der Verbotsbestimmungen des Absatzes 1 zu erzielen:

Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind,

gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

Weiterhin gilt das / die:

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58);

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 geändert worden ist (BGBl. I S. 306);

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189);

Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutz- ausführungsgesetz - BbgNatSchAG), vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13, Nr. 03, ber. GVBl. I/13, Nr. 21), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2025 (GVBl. I/25, [Nr. 17]);

Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG), In der Fassung der Bekanntmachung vom 02. März 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 20]) zuletzt geändert zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2025 (GVBl. I/25, [Nr. 17])

Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE) des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MLUV) in ihrer Fassung vom April 2009;

2.2 Fachpläne

Am 13. Mai 2019 ist der neue **Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)** im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg förmlich bekannt gemacht worden (GVBl. II 2019, Nr. 35). Der Plan ist am 1. Juli 2019 in Kraft getreten. Mit dem LEP HR wurde der Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) abgelöst.

Folgende Ziele und Grundsätze des LEP HR sind für die raumordnerische Beurteilung der kommunalen Planungsabsicht zu beachten, ebenso das **Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007)**:

Z 6.2 Freiraumverbund

(1) Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder

neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen.

(2) Ausnahmen von Absatz 1 Satz 2 sind unter der Voraussetzung, dass

- die raumbedeutsame Planung oder Maßnahme nicht auf anderen geeigneten Flächen außerhalb des Freiraumverbundes durchgeführt werden kann und
- die Inanspruchnahme minimiert wird,

in folgenden Fällen möglich:

- für überregional bedeutsame Planungen oder Maßnahmen, insbesondere für eine überregional bedeutsame linienhafte Infrastruktur, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht,
- für die Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen einschließlich der unmittelbar dafür erforderlichen Flächen für den Gemeinbedarf, für Ver- und Entsorgungsanlagen und für Verkehrsflächen.

Gemäß Festlegungskarte des LEP-HR befindet sich direkt nördlich des Plangebietes der Abschluss des Freiraumverbundes (Ziel 6.2 LEP-HR) beidseitig der Panke.

Das **Landesentwicklungsprogramm Berlin-Brandenburg (LEPro, 2007)** sieht vor, dass die Inanspruchnahme und die Zerschneidung von Freiräumen vermieden werden soll (vgl. § 6 Abs. 2). Weiterhin sollen siedlungsbezogene Freiräume für die Erholung gesichert und entwickelt werden (vgl. § 6 Abs. 3). Laut § 4 Abs. 1 soll die Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt erhalten und zur Stärkung der regionalen Identität und Wirtschaftskraft weiterentwickelt werden. Metropole, Städte und Dörfer sind wichtige Elemente der Kulturlandschaft.

Durch die Weiterentwicklung der Fläche für Sport und Freizeit in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) wird diesen Zielen des Landesentwicklungsprogrammes Berlin-Brandenburg entsprochen.

2.2.1 Landschaftsplan (2000)

Der Landschaftsplan (LP) für das frühere Amt Groß Pankow/Prignitz umfasst ein Gebiet von ca. 215 km² und die folgenden damals selbstständigen Gemeinden und Ortsteile: Baek, Groß Pankow, Groß Woltersdorf, Helle, Kehrberg, Klein Gottschow, Kuhbier, Kuhsdorf, Lindenberg, Retzin, Tüchen, Vettin und Wolfshagen.

Die nördlich, westlich und südlich gelegenen Flächen von Acker- und Grünlandschaft werden vom LP als großflächige zusammenhängende Kaltluft produzierende Grünland- und Ackerfläche mit einer lokal bedeutsamen Luftaustauschbahn im Westen des Plangebietes dargestellt.

Der Großteil der Ortslage Groß Pankow wird mit einem harmonischen Ortsrand und Übergangsbereich zur freien Feldmark dargestellt. Die Siedlungsfläche in Groß Pankow wird mit mehr oder minder starker anthropogener Überformung durch Bebauung, Aufschüttung, Versiegelung, etc. dargestellt.

Im Landschaftsplan werden folgende Maßnahmen für Natur und Landschaft für das Plangebiet als Ziele dargestellt:

für das nördlich, westlich und südlich angrenzende Acker- und Grünland wird der Erhalt von Grünlandnutzung dargestellt,

für die Abgrenzung des Plangebietes in Richtung Westen und Süden wird eine Eingrünung des Ortsrandes bzw. der Bebauung dargestellt,

für die Abgrenzung des Plangebietes in Richtung Osten wird der Erhalt von Privatgärten, Grünflächen und anderen hochwertigen Biotopen am Ortsrand bzw. in der Ortslage dargestellt.

2.2.2 Flächennutzungsplan

Die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) verfügt über drei wirksame (räumliche Teil-) Flächennutzungspläne: den Flächennutzungsplan Groß Pankow (Prignitz) in den Grenzen des ehemaligen Amtes Groß Pankow / Prignitz, den FNP Klein Woltersdorf und den FNP Boddin-Langnow.

Da der räumliche Teil des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) das Gebiet des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ als Sonderbaufläche für Sport und Freizeit darstellt, erfüllt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 das Entwicklungsgebot nach § 8 Abs. 2 BauGB.

2.3 Schutzgebiete

2.3.1 Nationale Schutzgebiete

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt ca. 0,5 km östlich des **Landschaftsschutzgebietes Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz (LSG 2737-601)**, welches im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II, Nr. 3 vom 15. Dezember 2008 veröffentlicht wurde und am 29. Januar 2009 in Kraft getreten ist. Nach § 26 Abs. 1 BNatSchG werden Landschaftsschutzgebiete als rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete definiert, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Regenerationsfähigkeit erforderlich ist. Das Landschaftsschutzgebiet (LSG) ist ca. 32.000 ha groß und vom sanft gewellten Relief der Prignitzer Grundmoränenplatte geprägt. Die ackerbauliche Nutzung der sandig-lehmigen Böden hat hier lange Tradition.

Etwa 2 km nordwestlich des Plangebietes befindet sich das nächstgelegene **Naturschutzgebiet Stepenitz (NSG 2738-501)**. Naturschutzgebiete (NSG) werden nach § 23 Abs. 1 BNatSchG als rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete definiert, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten erforderlich ist.

In einer Entfernung von ca. 3,4 km östlich des Plangebiets beginnt die Schutzzone III des **Wasserschutzgebiets Kuhdorf (WSG)**.

Das LSG, NSG und WSG befinden sich nicht in Reichweite des Geltungsbereiches und werden daher von der Planung nicht tangiert.

2.3.2 Internationale Schutzgebiete

Deckungsähnlich mit dem Landesschutzgebiet Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz befindet sich ebenfalls westlich des Geltungsbereiches das dem Natura 2000 Netzwerk angehörende **SPA-Gebiet Agrarlandschaft Prignitz-Stepenitz (DE 2738-421)**. Erhaltungsziele sind die Bewahrung und Entwicklung eines günstigen Erhaltungszustandes für die im Gebiet vorhandenen Populationen und Habitate der Vogelarten des Anhangs I und nach Artikel 4 Abs. 2 der Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 (Vogelschutzrichtlinie) sowie weiterer für das Land Brandenburg bedeutender Arten. Alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den

Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, sind laut § 33 Abs. 1 BNatSchG unzulässig.

2.3.3 Gesetzlich geschützte Biotope

Innerhalb des Plangebietes und dessen Wirkungsbereich befinden sich keine nach § 30 BNatSchG und nach § 18 BbgNatSchAG geschützten Biotope. Das nächstgelegene gesetzlich geschützte Biotop befindet sich ca. 280 m östlich des Plangebietes.

3.0 Beschreibung des Umweltzustandes sowie Beschreibung und Bewertung der zu erwartenden Umweltauswirkungen

Bei einem Eingriffsvorhaben ist die Beschreibung und Bewertung der Bestandssituation anhand der Schutzgüter und ihrer Funktionsausprägung zentraler Bezugspunkt der Gesamteinschätzung des Vorhabens. Grundsätzlich sind für den Bebauungsplan die in Umsetzung der Festsetzungen zu erwartenden bau-, anlage- und betriebsbedingten nachteiligen Umweltauswirkungen sowie die unvermeidbaren erheblichen Beeinträchtigungen zu erfassen und zu bewerten. Bei der Bewertung der Umweltauswirkungen werden Vorbelastungen berücksichtigt. Das Kapitel orientiert sich an der HVE (Fassung April 2009) des MLUV.

Im Folgenden wird die Bestandssituation und die zu erwartenden Umweltauswirkungen bezogen auf die einzelnen Schutzgüter dargestellt. Im Kapitel 5.0 folgen dann die entsprechenden Vermeidungs-, Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen sowie eine Eingriff- und Ausgleichsbilanzierung für die einzelnen Schutzgüter.

3.1 Schutzgut Mensch

Bei der Bewertung des Schutzgutes Mensch steht die Gesundheit des Menschen und der Einfluss des Planvorhabens auf diese an oberster Stelle. Daher sind Emissionen und Immissionen, die vom Planvorhaben ausgehen und die Gesundheit des Menschen beeinträchtigen können, vorrangig zu betrachten.

Das Plangebiet befindet sich im Südwesten des Ortsteils Groß Pankow der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz), grenzt jedoch nicht an die Siedlungsfläche und befindet sich daher nach § 35 BauGB im planungsrechtlichen Außenbereich. Die Erschließung des Plangebiets erfolgt über die Rosa-Luxemburg-Straße im Nordosten bzw. entlang der östlichen Grenze des Geltungsbereiches.

Innerhalb des Plangebiets befinden sich derzeit zwei Sportplätze für Rasenballsportarten, einer im Nordwesten und ein anderer im Südwesten, sowie eine derzeit bereits gebaute Skateranlage im Osten, etwa auf mittlerer Höhe auf der Nord-Süd-Achse. Neben einem Vereinshaus südlich der Skateranlage und einem Spielplatz südlich des Vereinshauses befinden sich keine baulichen Hauptanlagen im Plangebiet. Die bestehenden Anlagen im Plangebiet genießen Bestandschutz. Im Plangebiet findet keine Wohnnutzung statt.

Die Nutzung des Plangebiets beschränkt sich derzeit auf Spiele und Trainingszeiten des lokalen Sportvereins sowie auf eine regelmäßige Nutzung seitens der Juri-Gagarin-Grundschule zur körperlichen Ertüchtigung der Schülerinnen und Schüler sowie des Lehrpersonals der Schule. Weiterhin bietet das Plangebiet die Möglichkeit, lokale Festlichkeiten abzuhalten.

Zukünftig sollen die bestehenden sportlichen Nutzungsmöglichkeiten durch einen Basketballplatz sowie zwei Beachvolleyballfeldern erweitert werden. Im Zuge der Nutzungserweiterung soll auch ein zweites Hauptgebäude im Plangebiet errichtet werden, welches sich

vergleichsweise zentral im Plangebiet befindet und über einen Weg in östlicher Richtung an das bestehende Vereinshaus bzw. die dort existierenden Parkmöglichkeiten erschlossen werden soll.

Westlich und südlich grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an das Plangebiet an. Im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung gehen von diesen Flächen Emissionen in Form von Schall (Motorenlärm), Staub (Pflügen) und Geruch (Düngung) aus. Das Plangebiet kann daher durch diese Immissionen bereits als vorbelastet eingestuft werden. Eine Beeinträchtigung der landwirtschaftlich genutzten Flächen durch die baulichen Erweiterungen im Plangebiet ist nicht zu erwarten.

Östlich des Plangebiets, auf der anderen Seite der Rosa-Luxemburg-Straße, befindet sich ein Mischgebiet. Die Nutzungen in diesem für brandenburgische Siedlungen typischen und historisch gewachsenem Mischgebiet variieren zwischen z.B. dem Bauhof der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) direkt östlich des Plangebiets, einer derzeit noch bestehenden Augenklinik südöstlich des Plangebiets, aber auch Wohnen.

Die nördliche Grenze des Plangebiets wird von einer Baumreihe mit mehreren 20 m hohen Laubbäumen und einem dichten Gehölzbewuchs zwischen den einzelnen Bäumen auf der Ost-West-Achse dominiert. Diese Baumreihe bildet eine wahrnehmbare räumliche Trennung zwischen dem Plangebiet und der nördlich angrenzenden Pankeniederung mit der dort fließenden Panke. Nördlich der Pankeniederung, in einem Abstand von ca. 150 m zum Plangebiet, beginnt der im Zusammenhang bebaute Ortsteil Groß Pankow, welcher als allgemeines Wohngebiet festgesetzt ist.

Durch die bestehenden sportlichen und anderen Nutzungsmöglichkeiten gehen von dem Plangebiet derzeit bereits Emissionen in Form von Schall aus. Daraus lässt sich ableiten, dass das Mischgebiet östlich und das 150 m entfernte allgemeine Wohngebiet nördlich des Plangebiets bereits vorbelastet sind.

Laut § 2 der Sportanlagenlärmschutzverordnung liegen die Immissionsrichtwerte für Sportanlagen in Dorfgebieten bei 60 dB(A) tagsüber, außerhalb der Ruhezeiten, und 45 dB(A) in der Nacht. Diese Immissionsrichtwerte gelten ebenfalls für Mischgebiete. Eine Erweiterung der sportlichen Nutzungsmöglichkeiten wird im ländlichen Raum nicht zu einer erheblichen Erhöhung der Immissionen und insbesondere nicht zu einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte führen. Die Betriebs- und Nutzungszeiten werden im Rahmen der Planung nicht verändert.

Bei dem allgemeinen Wohngebiet 150 m nördlich des Plangebiets liegen die Immissionsrichtwerte tagsüber bei 55 dB(A) und nachts bei 40 dB(A). Die sportliche Nutzung des Plangebiets überschreitet daher die Immissionsrichtwerte um 5 dB(A). Diese Vorbelastung besteht jedoch bereits. Die Erweiterung der sportlichen Nutzungsmöglichkeiten wird auch hier nicht zu einer Erhöhung der Immissionen führen, da die im Vergleich zum allgemeinen Wohngebiet erhöhten Immissionswerte durch die Entfernung und die im Norden des Plangebiets bestehende, dichte Gehölzreihe abgemildert werden.

Während der Bauphase können Immissionen seitens Schall, Staub und Licht auftreten. Diese Immissionen sind jedoch auf die Bauphase beschränkt und werden daher als nicht erheblich betrachtet. Anlagen- und betriebsbedingt wird keiner erheblichen Erhöhung von Immissionen gerechnet.

Für das Schutzgut Mensch wird derzeit mit keinen erheblichen Beeinträchtigungen gerechnet.

3.2 Schutzgut Pflanzen und Biotop

Der Baumbestand im Plangebiet befindet sich im überwiegenden Teil an den Grenzen entlang des Geltungsbereiches. An der nördlichen Grenze des Plangebietes befindet sich ein dichter Bestand von Einzelbäumen. Am östlichen Rand des Plangebietes verläuft, auf dem Plangebiet parallel zur Rosa-Luxemburg-Straße, ein geschotteter Weg, welcher zu beiden Seiten von Alleebäumen gesäumt ist. Die Allee endet im Süden des Plangebietes am bereits bestehenden Vereinshaus, welches sich ebenfalls im Plangebiet befindet. Eine Reihe von Einzelbäumen setzt sich am östlichen Rand des Plangebietes auf Höhe des Vereinshauses bis zum südlichen Rand des Geltungsbereichs fort. Das südliche Fußballfeld grenzt an die südliche und westliche Grenze des Plangebietes an und wird an diesen Grenzlinien von Reihen aus Einzelbäumen flankiert.

Sollten während der zukünftigen Planungsmaßnahmen Einzelbäume aus dem Baumbestand des Geltungsbereiches herausgenommen werden, sind diese gemäß den Hinweisen zum Vollzug der Eingriffsregelung durch Ersatzpflanzungen innerhalb des Plangebietes auszugleichen. Demnach müssen Einzelbäume, welche zum Zeitpunkt der Planung einen Stammumfang (StU) von 60 cm oder mehr in einer Höhe von 130 cm über dem Erdboden aufweisen, durch Pflanzungen ersetzt werden. Ab 60 cm StU sind jeweils 2 Ersatzbäume zu pflanzen, für jede weitere angefangene 15 cm StU ist ein weiterer Ersatzbaum zu pflanzen. Die Ersatzpflanzungen sind laut HVE in der Qualität Hochstamm (Hst), 3xv., 12 – 14 cm anzupflanzen. Eine entsprechende Verringerung der Anzahl an Ersatzpflanzungen kann durch die Wahl einer höheren Anpflanzqualität (z. B. mit Hst, 3xv., 16 – 18 cm kann die Anzahl der Ersatzpflanzungen halbiert werden) erreicht werden.

In der Planzeichnung (Teil A) sind zudem bereits Anpflanzgebote für mittel- bis großkronige, standortgerechte heimische Laubbäume festgesetzt. Bei Anpflanzungen ist der „Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Klimaschutz zum Vollzug von § 40 des Bundesnaturschutzgesetzes – Gebietseigene Gehölze (Gehölzerlass Brandenburg)“ (MLUK 2024) zu beachten.

Innerhalb des Plangebietes und dessen Wirkungsbereich befinden sich keine nach § 30 BNatSchG und nach § 18 BbgNatSchAG geschützten Biotop. Das nächstgelegene gesetzlich geschützte Biotop befindet sich ca. 280 m östlich des Plangebietes.

Während der Bauphase ist mit keinen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Pflanzen und Biotop zu rechnen. Bei Arbeiten mit schwerem Gerät (Bagger, Tieflader, etc.) sind die entsprechenden Bäume an den genutzten Zufahrten zum Gelände mit einem Anfahrerschutz zu sichern. Anlagen- und betriebsbedingt ist von keinen Beeinträchtigungen auszugehen.

Für den Eingriff in das Schutzgut Boden sind 2.313 qm durch die Pflanzung von Einzelbäumen zu kompensieren. Entsprechend der Regelung 1 Laubbaum pro 50 qm versiegelter Fläche müssen 46 Laubbäume in der Pflanzqualität Ballenware, 2x verpflanzt, Hochstamm, 12 – 14 cm Mindeststammumfang gepflanzt werden. Die Anzahl an Pflanzungen wird durch die Wahl einer höheren Pflanzqualität, also Ballenware, 3x verpflanzt, Hochstamm, 16 – 18 cm Mindeststammumfang um 50% auf 23 Laubbäume reduziert. Ein Teil dieser Anpflanzgebote (bis zu 16 Stück) können im Plangebiet umgesetzt werden. Der restliche Anteil (7 Stück) wird vorzugsweise im Plangebiet oder außerhalb dessen erfolgen. Für die Anpflanzungen von Laubbäumen sind die Sorten der Artenliste 1 sowie die Anlage 1 zum Gehölzerlass Brandenburg (MLUK 2024) zu verwenden.

Artenliste 1

Deutscher Name	Botanischer Name
Spitzahorn	<i>Acer platanoides</i>
Bergahorn	<i>Acer pseudoplatanus</i>
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>
Traubeneiche	<i>Quercus petraea</i>
Winterlinde	<i>Tilia cordata</i>

Für das Schutzgut Pflanzen und Biotope werden die zu erwartenden Umweltauswirkungen als nicht erheblich betrachtet. Die Anpflanzung von weiteren heimischen Laubbäumen im Plangebiet ist positiv zu bewerten.

3.3 Schutzgut Tiere

Die Bäume und Gehölze entlang sämtlicher Grenzen des Plangebiets bieten teilweise gute Nistmöglichkeiten für Brutvögel. Die Flächen im Süden des Plangebietes stellen sich als überwiegend strukturarme Grasflächen dar, welche für Tiere als Nist- und Brutplatz bzw. als Jagdhabitat nicht oder kaum nutzbar sind.

Zum Schutz der Brutvögel sind die Baumaßnahmen außerhalb der Brutzeit, also nicht zwischen dem 01. März und 30. September, durchzuführen. Baubedingt lassen sich damit keine Beeinträchtigungen feststellen. Anlagen- und betriebsbedingt kann mit einer Zunahme an Menschen im Plangebiet gerechnet werden, wodurch höhere Schallimmissionen entstehen, welche zu Scheuchwirkungen auch innerhalb der Brutzeit führen kann. Da im Plangebiet jedoch bereits eine Vorbelastung durch Schall existiert, werden die Beeinträchtigungen als nicht erheblich bewertet.

Im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 BauGB stellte die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Prignitz fest, dass zur abschließenden Bewertung der artenschutzrechtlichen Situation im Plangebiet eine Potentialabschätzung für Reptilien (aufgrund der nach Süden exponierten Lage vieler Freiflächen) und Amphibien (aufgrund der Nähe zur Panke im Norden) notwendig ist, welche im Ermessen des betreffenden Gutachters zu einer vollumfänglichen Kartierung ausgeweitet werden sollte. Zu diesem Zweck wurde Herr Dipl.-Ing. (FH) Daniel Meisel vom Büro für Freilandkartierung und Landschaftsplanung (Bechliner Weg 8, 16816 Neuruppin) im September 2021 mit einer Potentialabschätzung für Reptilien und Amphibien beauftragt. Im Ergebnis der Potentialabschätzung konnte festgehalten werden, dass Amphibien zwar die nördlich Baumreihe als Winterquartier nutzen könnten, jedoch durch die Maßnahmen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Nr. 2 nicht betroffen sein werden. Bei den Reptilien wurde hingegen festgestellt, dass hier eine vollständige Kartierung erfolgen muss. Diese Kartierung wurde zwischen April und September 2022 durchgeführt und die Ergebnisse und Empfehlungen für Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrages festgehalten. Die Ergebnisse sind im Folgenden verkürzt übersichtlich dargestellt:

„5 Faunistische Untersuchungen Reptilien 2022

5.2 Ergebnisse

Im Bereich des südlich der Baumreihe vorgelagerten Brachestreifens gelang der Nachweis je einer kleineren Population der Zaun- und Waldeidechse. Die übrigen untersuchten Flächen blieben ohne einen Nachweis einer Reptilienart.

In der folgenden Tabelle 2 sind die Tagesnachweise aufgeführt. Die Lage der einzelnen Nachweise sind der Karte Anlage 1 zu entnehmen.

Tabelle 2: Nachweise von Reptilien 2022 - Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“

Art - deutsch	Art wissenschaftlich	Datum	Anzahl	FFH-Anh. II / IV	RL-Bbg. (2004)
Zauneidechse	<i>Lacerta agilis</i>	28.04.2022	Keine Nachweise	IV	3
		09.05.2022	1 juv. Tier (letztjährig)		
		22.08.2022	Keine Nachweise		
		12.09.2022	2 juv. Tiere (Schlüpflinge)		
Waldeidechse	<i>Zootoca vivipara</i>	28.04.2022	1 juv. Tier	-	G
		09.05.2022	Keine Nachweise		
		22.08.2022	Keine Nachweise		
		12.09.2022	Keine Nachweise		

3 = gefährdet, G = Gefährdung anzunehmen, Status unbekannt

[Karte Anlage 1:]



Einordnung der Ergebnisse

Festgestellt wurden somit nur Jungtiere der beiden Arten, was auf gestörte oder sich aufbauende Populationen hinweisen kann. Eine Populationsgröße kann somit nicht exakt benannt werden.

Die Bedingungen sind im Bereich des Fundorts gut, wenngleich größere Versteckmöglichkeiten wie Haufwerke o.ä. weitgehend fehlen und die Mahdnutzung auch im Randbereich des Sportplatzes abschnittsweise die Brache als Habitatfläche beeinträchtigt. Zum Teil erfolgt auch eine Ablagerung des Rasenschnittes ebenfalls im Bereich der Brache.

6 Bewertung / Ableitung von Artenschutzmaßnahmen

Es konnten zwei Reptilienarten insgesamt festgestellt werden und mit der Zauneidechse eine streng geschützte Art. Der Fundort beider kleinen Populationen lag im nördlichen Randbereich des B-Plangebiets an einem südexponierten Gehölzrand.

Die ausgewiesene Habitatfläche liegt außerhalb von Baugrenzen bzw. anderweitig anlagenbedingt zu verändernden B-Planflächen.

Artenschutzrechtliche Verbotsbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG werden anlagen- und betriebsbedingt nicht berührt.“

Die im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag genannten Maßnahmen zur Vermeidung und Aufwertung wurden in das Kapitel 5.0 dieses Umweltberichtes übernommen und werden auch in den textlichen Festsetzungen (Teil B) genannt.

Sofern die entsprechenden Vermeidungs-, Minderungs- und Aufwertungsmaßnahmen für Brutvögel und Reptilien beachtet werden, wird für das Schutzgut Tiere mit keinen erheblichen Beeinträchtigungen gerechnet.

3.4 Schutzgut Boden

Die Böden im Plangebiet sind überwiegend von Braunerde- und Fahlerdetypen geprägt. Diese Bodenarten bestehen in diesem Gebiet überwiegend aus Lehmsand über Lehm, welche glazialen Ursprungs sind, wodurch sich auch der teilweise hohe Anteil an Moränencarbonatlehm ableiten lässt. Im Gegensatz zu den Braunerden weisen Fahlerden eine fortgeschrittene Lessivierung auf, was zu einer Ausbildung eines eluvialen, lessivierten Oberbodenhorizont (Ael; teilweise auch E-Horizont genannt) und einer Tonanreicherung im Unterbodenhorizont (Bt) führt. Der durch die Tonverarmung und z. T. Versauerung aufgehellte (fahle) Bereich im Oberboden gibt der Fahlerde ihren typischen Namen.

Aufgrund der Nähe des Plangebietes zur Panke kann im Plangebiet das Vorhandensein von Gleyböden nicht ausgeschlossen werden. Diese Böden sind durch das nahe der Panke entsprechend höher anstehende Grundwasser geprägt. Bei der Verglebung von Böden wird Grundwasser in tonreichen Böden durch den Kapillarsaum bis teilweise in den Oberbodenhorizont transportiert. Durch den Wechsel von anaeroben Bedingungen im Grundwasser in aerobe Bedingungen in der Bodenluft werden die im Grundwasser gelösten Eisen und Manganverbindungen oxidiert und fallen aus. Die Ausbildung von rötlich-braunen Eisenhydroxiden und schwarzen Mangankonkretionen bildet die typische Marmorierung der Böden.

Aus Naturschutzsicht sind die Bodenarten im Plangebiet nicht als besonders seltene oder besonders schützenswerte Böden zu bezeichnen. Das Plangebiet befindet sich im nordbrandenburgischen Platten- und Hügelland (Hauptgebietsnummer 77, Untergebietsnummer 770).

Baubedingt lassen sich Beeinträchtigungen wie Bodenverdichtung (durch schweres Gerät), Veränderungen des Bodengefüges (Austausch von natürlichem Boden gegen entsprechende Bausubstanz) und Störung der Mikroflora und Mikrofauna des Bodens feststellen. Anlagenbedingt wird ein Teil des Bodens durch Vollversiegelung und ein weiterer Teil durch

Teilversiegelung versiegelt, was die Funktionen des Bodens in diesen Bereichen einschränkt bzw. verändert. Betriebsbedingt lässt sich durch die höhere Nutzung des Sport- und Freizeitangebotes mit einer höheren Fluktuation an Menschen rechnen, was insbesondere auf den Parkflächen und auf den unbefestigten Flächen im Plangebiet langfristig zu Bodenverdichtungen führen kann.

Im Plangebiet befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine konkreten Anhaltspunkte auf das Vorhandensein von Altlasten und Kampfmitteln.

Aufgrund der geplanten Versiegelung von einigen Flächen im Plangebiet (Sportlerheim, Tribüne, etc.) wird der Eingriff auf das Schutzgut Boden als erheblich bewertet. Ein entsprechender Ausgleich ist detailliert in der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung im Kapitel 5.0 ermittelt worden. Demnach sind insgesamt 23 Laubbäume der Pflanzqualität Ballenware, Hochstamm, 3x verpflanzt, 16 – 18 cm Mindeststammumfang, vorzugsweise innerhalb des Plangebiets, anzupflanzen. Die Kompensation für den Eingriff in das Schutzgut Boden wird, nach Durchführung der oben genannten Maßnahme, als erfüllt betrachtet. Der Eingriff in das Schutzgut Boden kann unter Berücksichtigung der Durchführung der Kompensationsmaßnahme somit als nicht erheblich eingestuft werden.

3.5 Schutzgut Wasser

Nördlich des Plangebietes fließt die Panke. Ein Großteil des Niederschlages in Groß Pankow wird über die Panke, sowohl durch Oberflächen- wie auch durch Grundwasserabfluss, abgeführt. Die Panke mündet dann ca. 4,2 km nordwestlich in den regionalen Vorfluter, die Stepenitz. Zusammen mit der Löcknitz im Norden und der Karthane im Süden der Prignitz bildet sich das Stepenitz-Karthane-Löcknitz Einzugsgebiet, welche große Teile der Prignitz entwässert und das Wasser in die Elbe abführt.

Durch die Versiegelung von Böden gehen, je nach Versiegelungsgrad unterschiedlich, die natürlichen Bodenfunktionen verloren. Zu diesen Bodenfunktionen gehören auch Grundwasserneubildungsrate sowie das Maß der vorhandenen Evapotranspiration.

Durch die geplante Neuversiegelung der Flächen im Plangebiet, insbesondere im Falle des Sportlerheims als Vollversiegelung, ist mit einem Rückgang der Grundwasserneubildungsrate im Plangebiet zu rechnen. Aufgrund der vergleichsweise geringen Vollversiegelung im Plangebiet, wird der Eingriff in die Grundwasserneubildungsrate als nicht erheblich bewertet.

Mit der Versiegelung der Flächen gehen die natürlichen Funktionsräume von Evaporation und Transpiration verloren. Evaporation beschreibt dabei die Verdunstung von Wasser von Oberflächen aufgrund der Sonneneinstrahlung. Mit der Transpiration ist der Anteil des Wassers gemeint, welcher durch Pflanzen zum Atmen und zur Zellerneuerung benötigt wird. Aufgrund der strukturarmen Grasflächen im Plangebiet wird der Eingriff in die Evapotranspiration jedoch als nicht erheblich bewertet.

Darüber hinaus wird das Anpflanzen von weiteren Laubbäumen im Plangebiet als positiv bewertet, da dadurch die Evapotranspiration im Plangebiet gesteigert wird.

Zudem wird durch das Anlegen von Beachvolleyballfeldern und Grasschotterparkplatzflächen die Versiegelung begrenzt und die Grundwasserneubildungsrate entsprechend geringer beeinträchtigt, als durch eine Vollversiegelung.

Im Plangebiet oder in dessen näheren Umgebung befinden sich keine Wasserschutzgebiete.

Baubedingt lassen sich, sofern bei den Baumaßnahmen alle nötigen Sicherheitsmaßnahmen bezüglich der Verwendung von schadstoffhaltenden Substanzen eingehalten werden, keine Beeinträchtigungen feststellen. Anlagenbedingt lässt sich durch die Neuversiegelung im Plangebiet eine Verringerung der Grundwasserneubildungsrate feststellen. Sofern das anfallende

Niederschlagswasser aber lokal zur Versickerung abgeführt wird, ist mit keiner Beeinträchtigung zu rechnen. Betriebsbedingt lässt sich durch die höhere Fluktuation an Menschen im Plangebiet mit einer auf lange Sicht hin zunehmenden Bodenverdichtung bzw. Verringerung der Grundwasserneubildungsrate in den Parkflächen und auf den unbefestigten Flächen im Plangebiet rechnen.

Für das Schutzgut Wasser werden die zu erwartenden Umweltauswirkungen zu diesem Zeitpunkt als nicht erheblich bewertet. Die Teilversiegelung im Plangebiet sowie das Anpflanzen von weiteren heimischen Laubbäumen ist als positiv zu bewerten.

3.6 Schutzgut Klima/Luft

Im Landschaftsplan werden die Acker- und Grünlandflächen im Norden, Westen und Süden des Plangebietes als großflächig zusammenhängende Kaltluft produzierende Grünland- und Ackerflächen dargestellt.

Zusammen mit den Kaltluft produzierenden Grünland- und Ackerflächen um Dannhof im Nordwesten des Plangebietes bildet sich eine lokal bedeutsame Luftaustauschbahn im Gebiet.

Die strukturarme Grasfläche der Nord-Westwiese und der sportlichen Anlagen im Plangebiet werden ebenfalls den Kaltluft produzierenden Grünlandflächen zugeschrieben. Grundsätzlich bedeutet eine Versiegelung des Bodens eine höhere Reflektion der kurzwelligen Sonneneinstrahlung in Form von langweiliger Wärmestrahlung, was zur Erwärmung des Plangebietes und zur Veränderung des dort vorhandenen Mikroklimas beiträgt. In Anbetracht der Neuversiegelung bzw. den Anteil an Vollversiegelung im Plangebiet ist dies aber nicht von relevanter Bedeutung.

Baubedingt lassen sich keine erheblichen Beeinträchtigungen feststellen. Anlagenbedingt ist die Versiegelung von Flächen und der damit einhergehenden Produktion von langweiliger Wärmerückstrahlung als erheblich zu bewerten. Durch die geringe Anzahl an Neuversiegelungen und durch das Anpflanzen von weiteren heimischen Laubbäumen und Gehölzen im Plangebiet, welche zur Produktion von Frischluft und als Verbesserung des Mikroklimas zu werten sind, wird allerdings von keiner erheblichen anlagenbedingten Beeinträchtigung ausgegangen. Betriebsbedingt sind keine erheblichen Beeinträchtigungen festzustellen.

Für das Schutzgut Klima/Luft werden die zu erwartenden Umweltauswirkungen zu diesem Zeitpunkt als nicht erheblich bewertet. Die Anpflanzung von weiteren heimischen Laubbäumen zur Produktion von Frischluft im Plangebiet ist als positiv zu bewerten.

3.7 Schutzgut Landschaftsbild

Das Plangebiet stellt sich als offene, strukturarme Grasfläche dar, welche an den Grenzen des Geltungsbereiches bereits eine hohe Anzahl an heimischen Laubbäumen aufweist. Mit dem Verlauf der Panke nördlich des Plangebiets und dem Ackerland im Westen fügt sich das Plangebiet mit seiner bestehenden und zukünftig erweiterten Nutzungsmöglichkeiten harmonisch in die historisch bedeutsame Kulturlandschaft („Prignitzer Panketal“) ein. Durch die bestehende derzeitige Nutzung des Plangebietes für Sport- und Freizeitaktivitäten ist eine Erholungsnutzung für die Bevölkerung gegeben. Durch den Ausbau der Sport- und Freizeitmöglichkeiten im Plangebiet sowie der Anpflanzung weiterer heimischer Laubbäume und Gehölze im Geltungsbereich wird die Erholungsnutzung zudem noch gesteigert.

Baubedingt lassen sich keine erheblichen Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild feststellen. Anlagenbedingt wird das Landschaftsbild durch den Bau des Sportlerheimes beeinträchtigt. Sofern das Sportlerheim und die sonstigen Anlagen jedoch so gestaltet werden, dass sie sich an das bestehende Orts- und Landschaftsbild anpassen, und zudem die Anpflanzgebote wie oben

beschrieben umgesetzt werden, wird von keiner erheblichen anlagenbedingten Beeinträchtigung ausgegangen. Betriebsbedingt lassen sich keine Beeinträchtigungen feststellen.

Für das Schutzgut Landschaftsbild werden die zu erwartenden Umweltauswirkungen zu diesem Zeitpunkt als nicht erheblich bewertet. Die Erweiterung des Sport- und Freizeitangebotes sowie die Anpflanzung von weiteren heimischen Laubbäumen und Gehölzen im Plangebiet ist in Bezug auf die gesteigerte Erholungsfunktion als positiv zu bewerten.

3.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Im Geltungsbereich des Plangebietes sind derzeit weder Bau- noch Bodendenkmäler bekannt.

Östlich des Plangebietes befinden sich mehrere Baudenkmäler, unter anderem das ehemalige Herrenhaus welches 1827 errichtet wurde und in dem zur Zeit die Augentagesklinik untergebracht ist. Nordöstlich angrenzend an das ehemalige Herrenhaus befindet sich der Gutspark mit dem Erbbegräbnis der Familie von Gans zu Putlitz.

Etwa 500 m östlich des Plangebietes befindet sich die evangelische Kirche von Groß Pankow, welche in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts errichtet wurde.

Laut § 11 Abs. 1 und 2 Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz ist Folgendes zu beachten: Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder Holzbohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u. ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen. Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig. Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.

Sofern beim Bau des Sportlerheims und den übrigen Anlagen auf eine Einfügung in das bestehende Orts- und Landschaftsbild geachtet wird, wird bau-, anlagen- und betriebsbedingt von keinen Beeinträchtigungen ausgegangen.

Für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter werden die zu erwartenden Auswirkungen zu diesem Zeitpunkt als nicht erheblich bewertet.

3.9 Wechselwirkungen der Schutzgüter

Als Grundlage für das Verständnis der Umwelt sind neben den in § 2 UVPG genannten materiellen Schutzgütern die zwischen diesen Bestandteilen der Umwelt ablaufenden Prozesse zu betrachten. Diese können als Wechselwirkungen im Sinne des UVPG aufgefasst werden. Prozesse lassen sich in energetische, stoffliche und Informationsprozesse unterteilen.

Für das Schutzgut Mensch wird durch die Planung die Möglichkeit gegeben, die menschliche Gesundheit durch die Erweiterung des Sport- und Freizeitangebotes in der Gemeinde zu erhöhen. Veranstaltungen von Sport und Kultur auf den Sportplätzen und der Festwiese können das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) verstärken und langfristig erhalten.

Durch das erhöhte Aufkommen von Menschen im Plangebiet durch Sport- und Kulturveranstaltungen können aber auch Scheuchwirkungen für Brutvögel und andere im Plangebiet lebende Tiere auftreten, womit das Schutzgut Tiere eine Benachteiligung erfährt.

Das Schutzgut Tiere wird durch die Planung besonders während der Bauphase nachteilig beeinflusst, da durch die Maschinen, Werkzeuge und Personal Scheuchwirkungen entstehen können. Dies kann durch die Durchführung der Maßnahmen außerhalb der Brutzeiten (01. März bis 30. September) vermieden werden.

Das Schutzgut Pflanzen und Biotope wird durch die Planung positiv beeinflusst, da die Anpflanzung weiter heimischer Laubbäume und Gehölze im Plangebiet einen langfristigen Vorteil für die Entwicklung heimischer Laubbäume und Gehölze bietet. Die Anpflanzung der heimischen Laubbäume und Gehölze wirkt sich zudem positiv auf das Schutzgut Mensch aus, da die Menschen in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) dadurch einen besseren Zugang zur Natur erfahren und sich die Erholungsfunktion des Plangebietes erhöht. Das Schutzgut Tiere wird ebenfalls positiv durch die Anpflanzgebote beeinflusst, da diese den Brutvögel, Kleintieren und Insekten neuen Lebensraum bieten. Das Schutzgut Landschaftsbild erhält durch die Anpflanzgebote heimischer Laubbäume und Gehölze eine Aufwertung, in dem sich das Plangebiet zukünftig auch weiterhin in das Landschaftsbild der Prignitz einbringt. Das Schutzgut Klima/Luft profitiert ebenfalls von den Anpflanzgeboten, da durch die heimischen Laubbäume und Gehölze eine erhöhte Frischluftproduktion im Plangebiet stattfindet, welche sich zudem wiederum positiv auf die Erholungsfunktion für das Schutzgut Mensch auswirkt.

Für das Schutzgut Boden bildet die zusätzliche Versiegelung im Plangebiet einen Nachteil. Durch die Veränderung der Bodenfunktionen werden auch die Schutzgüter Wasser (verringerte Grundwasserneubildungsrate) und Klima/Luft (erhöhte langwellige Wärmerückstrahlung) nachteilig beeinflusst. Die Planung von teilversiegelten Flächen wie Beachvolleyballfeldern und Grasschotterparkflächen im Plangebiet verringert diese Nachteile jedoch maßgeblich.

Das Schutzgut Wasser wird durch die geplante Neuversiegelung negativ beeinflusst. Dieser negative Einfluss kann jedoch durch die Abführung und lokale Versickerung des Niederschlages im Plangebiet wieder ausgeglichen werden.

Durch die geplante Neuversiegelung des Plangebietes wird das Schutzgut Klima/Luft negativ beeinflusst. Ein Teil der strukturarmen Grasfläche wird von einer Kaltluft produzierenden Grünlandfläche in eine Warmluft produzierende versiegelte Fläche umgewandelt. Durch die Anpflanzung von heimischen Laubbäumen und Gehölzen im Plangebiet wird jedoch die Produktion von Frischluft im Plangebiet erhöht, was sich positiv auf das Schutzgut Klima/Luft auswirkt.

Das Schutzgut Landschaftsbild wird durch die Planung überwiegend positiv beeinflusst. Die Anpflanzung von heimischen Laubbäumen und Gehölzen sowie die naturbetonte Weiterentwicklung des Sport- und Freizeitangebotes wirkt sich positiv auf das Schutzgut aus. Die Ausbreitung des Menschen in die ihn umgebende Natur wird zunehmend als kritisch angesehen. Im Sinne der Planung wird jedoch der Ausbreitung der Kulturlandschaft, dessen der Mensch ein Teil ist, entsprochen.

Für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter können keine negativen Wechselwirkungen festgestellt werden. Beim Bau des neuen Sportlerheimes sollte darauf geachtet werden, dass sich dieses in das bestehende Ortsbild einfügt. Durch die Erhöhung des Sport- und Freizeitangebotes im Plangebiet wird die Wahrnehmung des südlichen Ortsteils von Groß Pankow erhöht, was sich positiv auf die Baudenkmäler im Pankeweg und den Gutspark auswirken kann.

Insgesamt kann für die Wechselwirkungen der Schutzgüter zusammengefasst werden, dass die Vorteile der einzelnen Schutzgüter den Nachteilen zu diesem Zeitpunkt überwiegen. Für die Wechselwirkungen der Schutzgüter werden die Auswirkungen durch die Planung daher zu diesem Zeitpunkt als nicht erheblich bewertet.

3.10 Zusammenfassung der Umweltauswirkungen

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen und ihre Erheblichkeit sind, bezogen auf die einzelnen Schutzgüter, in Tabelle 1 übersichtlich dargestellt.

Tab. 1: Zusammenfassung der Umweltauswirkungen

Schutzgut	Eingriff	Minderung/Ausgleich
Mensch	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Keine Minderung / kein Ausgleich notwendig Die Erweiterung des Sport- und Freizeitangebotes kann zu einer Verbesserung der Gesundheit von Menschen in Groß Pankow und Umgebung beitragen.
Pflanzen und Biotope	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Anpflanzgebote von heimischen Laubbäumen und Heckengehölzen sind positiv zu bewerten.
Tiere	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Die Baumaßnahmen sind außerhalb der Brutzeit (01. März bis 30. September) durchzuführen. Maßnahmen aus AFB sind zu beachten
Boden	Versiegelung durch Bebauung ist als erheblicher Eingriff zu bewerten.	Kompensation durch Anpflanzen von 23 Laubbäumen in der Pflanzqualität Ballenware, Hochstamm, 3x verpflanzt, 16 – 18 cm Mindeststammumfang, vorzugsweise im Plangebiet
Wasser	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Keine Minderung / kein Ausgleich notwendig Die Teilversiegelung durch Beachvolleyballfelder und Grasschotterparkflächen ist positiv zu bewerten.
Klima/Luft	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Keine Minderung / kein Ausgleich notwendig Anpflanzgebote von heimischen Laubbäumen zur Frischluftproduktion sind positiv zu bewerten.
Landschaftsbild	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Keine Minderung / kein Ausgleich notwendig Anpflanzgebote von heimischen Laubbäumen und Erweiterung der Erholungsfunktion sind positiv zu bewerten.

Kultur- und Sachgüter	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Keine Minderung / kein Ausgleich notwendig
Wechselwirkungen	Keine erhebliche Beeinträchtigung	Keine Minderung / kein Ausgleich notwendig Überwiegend sind positive Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern durch die Planung festzustellen.

4.0 Prognose bei Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“) und alternative Planungsmöglichkeiten

Nachfolgend werden die zu erwartenden Umweltauswirkungen bei Nichtdurchführung der Erweiterung des Sport- und Freizeitangebotes dargestellt:

- keine Überbauung der strukturarmen Grasfläche
- keine zusätzliche Produktionsfläche für langwellige Wärmerückstrahlung
- Erhaltung von Grünlandflächen zur Kaltluftproduktion
- keine Verbesserung der Gesundheit des Menschen durch Schaffung von erweiterten Sport- und Freizeitangeboten
- keine Verbesserung der Erholungsfunktion, der Frischluftproduktion und der Möglichkeit für Nistplätze von Brutvögeln durch zusätzliche Anpflanzgebote von heimischen Laubbäumen und Gehölzen
- keine Veränderung des Orts- und Landschaftsbildes

Alternative Planungsmöglichkeiten könnten wie folgt aussehen:

- Erweiterung des Sport- und Freizeitangebotes ohne zusätzliche Vollversiegelung von Flächen
- Weitere Anpflanzgebote im Plangebiet zur Erweiterung der Erholungsfunktion, der Frischluftproduktion und der Möglichkeit für Nistplätze von Brutvögeln
- Verwendung von Rasengittersteinen für Teilversiegelungen zur Minderung der Einschränkungen der Bodenfunktionen

5.0 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung der Umweltauswirkungen sowie Ausgleichs- und Ersatz- bzw. artenschutzfachlich erforderliche Maßnahmen

Nach § 12 Abs. 1 BbgNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Das Vermeidungsgebot ist striktes Recht, d.h. die Möglichkeiten der Vermeidung besitzen unbedingt Vorrang vor der Entwicklung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Eine Beeinträchtigung ist dann vermeidbar, wenn sie unterlassen werden kann, ohne das mit dem jeweiligen Vorhaben verfolgte Ziel in Frage zu stellen. Pflicht zur Vermeidung beinhaltet auch die Pflicht zur Minderung von Beeinträchtigungen. Als Minderung wird die teilweise Vermeidung von Beeinträchtigungen bezeichnet.

5.1 Vermeidungsmaßnahmen

Schutzgut Tiere

Bauzeitenregelung

Die Baufeldfreimachung und die Einrichtung der Baustelle darf nur in der Zeit zwischen dem 01. Oktober und 28. Februar eines jeden Jahres erfolgen.

Schutzgut Boden / Pflanzen und Biotope

Laut § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden. Dies ist sowohl während der Planungs- als auch während der Bauphase zu berücksichtigen. Das bedeutet, dass während der Bauphase folgende Punkte zu beachten sind:

Einsatz von schwerem Gerät: Der Einsatz von schwerem Gerät (Bagger, Lkw, Radlader, etc.) sollte vorwiegend nur auf dem zu bearbeitenden Gelände, also den eigentlichen Baufeldern erfolgen. Eine Überfahung von nicht zu den Baufeldern oder deren Zuwegungen gehörigen Bodens, insbesondere im Wurzelbereich von Bäumen, sollte grundsätzlich vermieden werden.

Sicherung von Bäumen an den Zuwegungen: Bäume und Gehölze, welche durch die Baumaßnahmen nicht betroffen sind, sich aber in unmittelbarer Nähe zu den Zuwegungen und zu den Baufeldern befinden, müssen durch einen Anfahrschutz gegen Beschädigungen gesichert werden.

Lagerung von Baumaterialien und Baumaschinen: Grundsätzlich sollte die Lagerung von Baumaterialien und Baumaschinen so platzsparend und bodenschonend wie möglich erfolgen. Bagger und andere Baumaschinen können beispielsweise auf breiten Stahlplatten geparkt werden, um das Gewicht der Maschinen gleichmäßiger auf den Boden zu verteilen und eine ungewollte Beschädigung der Grasnarbe und des Oberbodens zu vermeiden. Dabei ist in der Nähe von Bäumen und Gehölzen besonders darauf zu achten, den Wurzelraum frei von schweren Materialien und Baumaschinen zu halten. Obwohl verschiedene Baumarten verschiedene Wurzelräume ausbilden, kann vereinfacht die Fläche des Kronenbereichs des jeweiligen Baumes als Wurzelraum angenommen werden.

Schutzgut Wasser

Entsprechend des § 5 Abs. 1 Nr. 1 WHG ist jede Person verpflichtet, bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden.

Folgende Hinweise sind zu beachten:

1. Die Versiegelung des Bodens oder andere Beeinträchtigungen der Versickerung zur Grundwasserneubildung dürfen nur soweit erfolgen, wie dies unvermeidbar ist (§ 54 Abs. 3 BbgWG).
2. Soweit eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist und sonstige Belange nicht entgegenstehen, ist Niederschlagswasser zu versickern (§ 54 Abs. 4 BbgWG).
3. Die Einleitung von gesammelt abfließendem Niederschlagswasser von bebauten und befestigten Flächen in die Vorflut oder das Grundwasser bedarf der wasserbehördlichen Erlaubnis.

5.2 Minderungsmaßnahmen

Schutzgut Tiere

Insekten

Anlagen- bzw. betriebsbedingt ist mit Lichtimmissionen zu rechnen. Unter Beachtung von insektenfreundlichen Beleuchtungskonzepten der Außenanlagen ist hier zum Insektenschutz aber mit keinen erheblichen Auswirkungen zu rechnen.

Folgende Hinweise sollten jedoch beachtet werden:

- Insektenverträgliche Leuchtmittel (möglichst keine kurzwelligen (blauen) Lichtanteile) einsetzen
- Durch Gehäuse mit Richtcharakteristik unnötige Lichtemissionen vermeiden
- Möglichst niedrige Anbringung, um weitere Abstrahlung in die Umgebung zu vermeiden
- Einsatz vollständig abgeschlossener Lampengehäuse gegen das Eindringen von Insekten
- Gehäuse verwenden, deren Oberflächen nicht heißer als 60°C werden
- Einbau von Zeitschaltuhren, Dämmerungsschaltern und Bewegungsmeldern
- Insgesamt sparsame Verwendung (Anzahl der Lampen und Leuchtstärke) von Außenbeleuchtung, insbesondere im Nahbereich von insektenreichen Biotopen

(Quelle: <https://www.bund-sh.de/stadtnatur/insektenvertraeglichere-beleuchtung/>)

Brutvögel

Neben den Lichtemissionen seitens des Betriebs ist auch die Lichtreflektion von Scheiben und Dächern im Plangebiet zu beachten. Je nach Reflexionsgrad können dadurch Lichtimmissionen auf den benachbarten Flächen entstehen, welche sich nachteilig auf Brutvögel und andere Arten auswirken können.

Um das Mortalitätsrisiko für Vögel durch Scheiben-/Glasanflug zu verringern, sollten folgende Hinweise für ein vogelfreundliches Bauen mit Glas berücksichtigt werden:

- Wahl von Scheiben mit geringem Außenreflexionsgrad (günstig sind Werte von maximal 15 %)
- Vermeidung von nächtlicher Außenbeleuchtung an Fassaden und Fenstern
- Verzicht auf großflächige Glasfronten; andernfalls Gestaltung unter Vermeidung von Durchsichten, mit Unterteilung in kleinere Teilflächen (z. B. durch Sprossen) und / oder mit außenseitigem Anbringen von für Vögel sichtbaren Markierungen (Punktraster)
- Anmerkung: Sowohl aufgeklebte Greifvogelsilhouetten als auch UV-Beschichtungen des Glases wie Z.B. beim Fabrikat „Omilux“ oder durch den „BirdPen“ des NABU zum Auftragen von UV-Wachs haben nach neueren Untersuchungen keinen nachweisbaren Nutzen für die Verringerung von Vogelschlag an Glasflächen

(Quelle: Schmid et al., „Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht“, S. 55; https://vogelglas.vogelwarte.ch/assets/files/broschueren/voegel_glas_licht_2012.pdf)

Kleinsäuger

Die intensive Pflege der Rasensportflächen bietet ein lukratives Nahrungsangebot. Maulwurfsansiedlungen können daher nicht ausgeschlossen werden. Durch Einbringen von Migrationsbarrieren (engmaschige Drahtgitter bzw. Eisengittermatten) kann die Fläche dauerhaft vor dem Eindringen wühlender Kleinsäuger gesichert werden.

Schutzgut Boden

Entsprechend § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden. Die Versiegelung ist daher auf das notwendige Maß zu beschränken und die Verwendung von versickerungsfähigen Belägen für Stellplätze und Lagerflächen in Betracht zu ziehen. Es wären folgende Überlegungen zur weiteren Verwendung des abzutragenden Oberbodens denkbar:

- geordneter Abtrag des Oberbodens und fachgerechte Lagerung. Bei längerer Lagerung mit Ansaat von Gründünger
- Wiederverwendung des Oberbodens in den Grünflächen
- Wiederverwendung des überschüssigen Oberbodens außerhalb des Plangebiets, z.B. zur Bodenverbesserung auf angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen (Ackerflächen) oder zur Rekultivierung von Tagebauen (Sand-, Kiesgruben, etc.)

Schutzgut Boden, Wasser, Klima/ Luft

Folgende Möglichkeiten zur Teilversiegelung bestehen für die Parkplätze im Osten und Nordosten des Plangebiets:

- Rasengittersteine (entweder aus Beton oder Kunststoff)
- Pflastersteine (z.B. Granit)
- Kalksplitt
- Schotterrasen

Darüber hinaus gibt es noch weitere Möglichkeiten zur Teilversiegelung von Flächen und damit zur Minderung der Eingriffe in die Schutzgüter.

Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Da das Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen nicht auszuschließen ist, wird auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam gemacht:

- Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG).
- Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).
- Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG

abgabepflichtig.

- Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.

5.3 Ausgleichsmaßnahmen

Schutzgut Tiere

Im Folgenden wird der artenschutzrechtliche Fachbeitrag des Büros für Freilandkartierung und Landschaftsplanung (Bechliner Weg 8, 16816 Neuruppin) von Herrn Dipl.-Ing. (FH) Daniel Meisel in Bezug auf die Artenschutzmaßnahmen zitiert:

„6 Bewertung / Ableitung von Artenschutzmaßnahmen

Es konnten zwei Reptilienarten insgesamt festgestellt werden und mit der Zauneidechse eine streng geschützte Art. Der Fundort beider kleinen Populationen lag im nördlichen Randbereich des B-Plangebiets an einem südexponierten Gehölzrand.

Die ausgewiesene Habitatfläche liegt außerhalb von Baugrenzen bzw. anderweitig anlagenbedingt zu verändernden B-Planflächen [...].

Artenschutzrechtliche Verbotsbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG werden anlagen- und betriebsbedingt nicht berührt.

Habitataufwertende Maßnahmen

1. Anlage von 2 Steinhaufen

In die bestehende Brache (= Fundorte Zauneidechse; s. Abb. 19) sind 2 Steinhaufen (z.B. Feldsteine, Körnung 10 – 50 cm) zu integrieren. Hierzu ist jeweils am Herstellungsort der Ober- und Unterboden bis zu einer Tiefe von etwa 80 cm abzutragen und mit dem Steinmaterial aufzufüllen. Wichtig sind die Bereitstellung von frostfreien Versteckmöglichkeiten sowie Standorte zum Sonnenbaden (Ausrichtung der Haufen in Richtung Süden mit der Längsseite). Die Haufen sind alle 2 Jahre von möglichem Aufwuchs zu befreien.

Maße der länglichen Haufen: Länge ca. 3,0 m x Breite 1,0 m, Höhe über Gelände 0,80 m

2. Pflege der Habitatflächen

- Erhalt der jetzigen Struktur und Vegetationszusammensetzung der Habitatflächen. Keine Entwicklung zu einem Scherrasen
- Keine Ablagerungen von Rasenschnittmaterial im Bereich der Brache / Habitatflächen
- Abschnittsweise, räumlich gestaffelte Mahd pro Jahr und Mähvorgang. Bearbeitung von max. 20 – 30 % der Fläche; Stehenlassen von höherwüchsigen Rückzugsbereichen für die Reptilien
- Einhaltung eines Sicherheitsabstandes zu älteren, gut ausgeprägten Mähkanten
- Schnitthöhe 10 – 15 cm
- Entfernung des Mahdgutes
- 2-jährliche Entnahme von aufgewachsenen Junggehölzen bis zum 28.02. des betreffenden Jahres“



Abb. 19: veränderte Darstellung mit Lage der Habitatfläche (rot) und Lage der Steinhaufen (blau) aus dem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (siehe Anlage 1)

Anmerkung:

Im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Anlage 1) ist in der Abbildung 19 noch ein Planweg eingezeichnet, welcher die Habitatfläche (rot) in zwei Gebiete auf der Nord-Süd-Achse trennt. Zudem sind im AFB dort Abgrenzungen für Reptilienschutzszäune (gelb) eingezeichnet. Der Planweg war Bestandteil der Vorentwurfsunterlagen, ist jedoch nach derzeitigem Entwurfsstand nicht mehr Bestandteil der Planunterlagen, weswegen die Abbildung 19 dahingehend geändert wurde, dass der Planweg und die Reptilienschutzszäune aus der Abbildung entfernt und die geteilte Habitatfläche geeint wurde.

„7 Weiterer Untersuchungsbedarf / Fazit

Für sämtliche streng geschützten Arten- bzw. Artengruppen werden keine weiteren Untersuchungen für erforderlich gehalten.

Nach Einschätzung des Autors kommt es durch das Vorhaben bei Beachtung der funktionserhaltenden Maßnahmen für die Artengruppe Reptilien nicht zu bau-, noch anlage- oder betriebsbedingten Beeinträchtigungen für streng geschützte Tier- und Pflanzenarten.

Zum Erhalt und Förderung der randlich festgestellten Reptilienarten Zaun- und Waldeidechse [wird eine aufwertende Maßnahmen in Form von 2 anzulegenden Steinhaufen] für notwendig erachtet.

Ein Vorkommen weiterer streng geschützter Tier- und Pflanzenarten kann aufgrund fehlender Habitatbedingungen im Wirkraum des Vorhabensgebietes ausgeschlossen werden.“

6.0 Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Schutzgut Boden

Der Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 sieht eine Vollversiegelung (z.B. Gebäude, Wege) von 2.165 qm und eine Teilversiegelung (z.B. Schotterrasenparkplätze, Beachvolleyballfelder) von 3.243 qm vor. Davon sind bereits im Bestand 909 qm Vollversiegelung und 1.129 qm Teilversiegelung vorhanden. Für die Kompensation durch Entsiegelung wird gemäß den Hinweisen zum Vollzug der Eingriffsregelung (MLUL 2009) ein Kompensationsfaktor von 1:1 für Vollversiegelung und 1:0,5 für Teilversiegelung verwendet (siehe Tabelle 2).

Tab. 2: Berechnung des Kompensationsbedarfs für Voll- und Teilversiegelung

Bezeichnung	Planungsabsicht [qm]	Bestand [qm]	Differenz [qm]	Kompensationsfaktor	Kompensationsbedarf [qm]
Vollversiegelung	2.165	909	1.256	1	1.256
Teilversiegelung	3.243	1.129	2.114	0,5	1.057
Summe	5.408	2.038	3.370	-	2.313

Für die maximal mögliche Versiegelung im Plangebiet besteht ein Kompensationsbedarf von 2.313 qm. Dieser Kompensationsbedarf kann laut der HVE durch verschiedene Kompensationsmaßnahmen mit unterschiedlichen Kompensationsfaktoren ausgeglichen werden.

Im Rahmen der Planung zum Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 wird die Kompensation durch die Anpflanzung von Bäumen in der Pflanzqualität Ballenware, 2x verpflanzt, 12 – 14 cm Mindeststammumfang erbracht. Dabei werden pro angefangene 50 qm Versiegelung 1 Baum in der oben genannten Pflanzqualität im Plangebiet oder innerhalb des Ortsteils von Groß Pankow angepflanzt. Bei einer maximal möglichen Versiegelung von 2.313 qm ergibt das einen maximalen Kompensationsbedarf von 46 Bäumen in der oben genannten Pflanzqualität. Die Anzahl an Kompensationspflanzungen kann durch die Wahl einer höheren Pflanzqualität wie Ballenware, 3x verpflanzt, 16 – 18 cm Mindeststammumfang um 50% reduziert werden, also auf 23 Bäume.

Die Anzahl der zu pflanzenden Bäume orientiert sich allerdings nicht an der maximal möglichen Versiegelung, sondern an der tatsächlichen Versiegelung. Sofern die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) weniger als 2.313 qm im Plangebiet des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 versiegelt, so muss die Gemeinde auch weniger Kompensation in Form von Baumanpflanzungen leisten. Allerdings verpflichtet sich die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) damit, die für die Differenz aus maximal möglicher Versiegelung und tatsächlicher Versiegelung benötigte Anzahl von Baumanpflanzung für die Dauer der Rechtskraft des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 vorzuhalten und bei Bedarf, z.B. bei einer zukünftigen weiteren Versiegelung im Plangebiet, innerhalb eines Jahres nach Beendigung der weiteren Baumaßnahmen umzusetzen.

Pflegemaßnahmen

Die Anpflanzungen der Laubbäume, die im Zuge des Bebauungsplanverfahrens Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ als Kompensationsmaßnahme innerhalb und außerhalb des Plangebiets durchzuführen sind, sind mit einer Dreibockanbindung und Achterschlaufen aus Kokosgeflecht zu sichern. Die Anpflanzungen sind bei Bedarf gegen Wildverbiss durch geeignete Maßnahmen zu schützen.

Die Pflegemaßnahmen sind seitens der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) für einen Zeitraum von 5 Jahren, beginnend ab dem Datum der Anpflanzung, dauerhaft umzusetzen. Bei Abgang ist eine Ersatzpflanzung der gleichen Sorte oder einer anderen Sorte der Artenliste 1 (siehe textliche Festsetzungen, III. Grünordnerische Festsetzungen) oder der Anlage 1 zum Gehölzerglossar Brandenburg (MLUK 2024) in der Pflanzqualität Ballenware, Hochstamm, 3x verpflanzt, 16 – 18 cm Stammumfang innerhalb eines Jahres nach Abgang vorzunehmen.

7.0 Umweltüberwachungsmaßnahmen

Die Gemeinde ist nach § 4c BauGB verpflichtet, die erheblichen Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung der Bauleitpläne entstehen, zu überwachen, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Daher wird festgesetzt, dass die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen in Form von Laubbaumanpflanzungen innerhalb der nächsten Pflanzperiode, spätestens aber innerhalb eines Jahres nach Vollendung der jeweiligen Baumaßnahme erfolgt sein muss.

Für die Überwachung der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen ist die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) zuständig.

8.0 Zusammenfassung des Umweltberichtes

Umweltfachlich:

Im Rahmen des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) im Landkreis Prignitz sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Daher wird gem. § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt, um die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln. Diese werden in Form dieses Umweltberichtes gem. § 2a Nr. 2 BauGB als Teil der Begründung zum Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) dargestellt.

Der ca. 3,9 ha große Geltungsbereich des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ befindet sich in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) im Ortsteil Groß Pankow, ca. 300 m südlich / südwestlich des im Zusammenhang bebauten Ortsteils von Groß Pankow. Östlich des Geltungsbereiches verläuft die Rosa-Luxemburg-Straße, welche im Norden an den Steindamm und an den Ortskern anschließt. Im Süden des Plangebietes verläuft auf der West-Ost-Achse ein Feldweg, welcher den Zugang zu der im Westen des Plangebietes ackerbaulich genutzten Fläche gewährt. Zur Zeit existieren Zufahrten zum Plangebiet über beide Straßen. Im Norden des Plangebietes, ca. 40 m entfernt, befindet sich die Panke, welche ca. 4,2 km nordwestlich in die Stepenitz mündet.

Momentan wird die Fläche des Geltungsbereichs als Sport- und Freizeitanlage mit vorhandenem Sportplatz, Vereinshaus und Freizeiteinrichtungen genutzt. Diese Nutzungen sollen nun erweitert und gesichert werden. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes eröffnet sich die Möglichkeit, einen Neubau des Vereinshauses zu realisieren und die Fläche in Zukunft um weitere bauliche Maßnahmen, wie z. B. eine Tribüne, zu ergänzen.

Für die Schutzgüter Mensch, Pflanzen und Biotope, Wasser, Klima/ Luft, Landschaftsbild und Kultur- und Sachgüter wird mit keinen erheblichen Beeinträchtigungen gerechnet. Sofern die Einrichtung der Baustelle und der Beginn der Baumaßnahmen nicht ohne vorherige gutachterliche Freigabe innerhalb der Brutzeit, also zwischen dem 01. März und 30. September liegt,

und sofern die im Artenschutzgutachten von Herrn Dipl.-Ing. (FH) Daniel Meisel (Büro für Freilandkartierung und Landschaftsplanung) beschriebenen Maßnahmen umgesetzt und durchgehend gepflegt werden, wird für das Schutzgut Tiere ebenfalls mit keinen erheblichen Beeinträchtigungen gerechnet.

Für das Schutzgut Boden wird mit erheblichen Beeinträchtigungen gerechnet. Die zusätzliche Versiegelung im Plangebiet wird zu einer Verschlechterung des Bodens führen. Daher sind Kompensationsmaßnahmen als Ausgleich für den Eingriff notwendig. Es ergibt sich ein maximaler Kompensationsbedarf von 2.313 qm, welcher durch das Anpflanzen von 23 Laubbäumen in der Pflanzqualität Ballenware, Hochstamm, 3x verpflanzt, 16 – 18 cm Mindeststammumfang umgesetzt wird. Dabei wird festgesetzt, dass die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) nur so viele Laubbäume anpflanzen muss, wie durch den tatsächlichen Neubau der Gebäude und Anlagen anfällt.

Planungsablauf:

Die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) fasste in ihrer öffentlichen Gemeindevertretersitzung am 03.12.2020 den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“.

Der Vorentwurf mit Stand Mai 2021 wurde am 31.05.2021 im Bau- und Ordnungsausschuss der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) vorberaten und anschließend in der Gemeindevertretung am 17.06.2021 als Grundlage für die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in Form einer öffentlichen Auslegung der Planunterlagen vom 15.07.2021 bis zum 20.08.2021 im Rathaus der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz). Zusätzlich waren die Planunterlagen auf der Internetseite der Gemeinde während des Beteiligungszeitraums veröffentlicht. Die Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurden parallel zur öffentlichen Auslegung beteiligt.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 29.02.2024 wurde das Ergebnis der Zwischenabwägung der Stellungnahmen aus den frühzeitigen Beteiligungsverfahren beschlossen und zusätzlich der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst. Im Anschluss wurden die Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB im Rahmen der formellen Beteiligung erneut um die Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Die aus den eingegangenen Stellungnahmen vorgebrachten Ergänzungen und Korrekturen der Behörden und TöBs waren überwiegend redaktioneller Art und die Grundzüge der Planung waren nicht betroffen. Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sind keine bei der Verwaltung der Gemeinde eingegangen.

Am 04.12.2025 kann nun in der Sitzung der Gemeindevertretung der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Stand November 2025

gez. Marco Radloff

-Der Bürgermeister-

Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)